

Bundesrat als Propagandist

Bei der ersten Uno-Beitrittsabstimmung von 1986 hat die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte den Bundesrat gerügt, weil er durch die Bundesverwaltung 77'000 Franken für eine harmlose Propagandaschrift einsetzte. Die schweizerische Regierung und deren Verwaltung mache sich unglaublich, wenn sie parteiisch werde.

Doch der Bundesrat amtet heute mehr und mehr nicht als ausführende Behörde, sondern führt Abstimmungskämpfe. Gleichzeitig beanspruchen Bundesräte grösseres Vertrauen, denn ihre Feststellungen seien schliesslich amtlich.

Seit der Bundesrat Abstimmungskampf betreibt, sind die amtlichen Angaben mit grösster Vorsicht zu geniessen. So hat kürzlich das Bundesgericht aufgezeigt, dass die Volksinitiative gegen die «Heiratsstrafe» amtlich mit gravierenden Fehlinformationen bekämpft wurde. Die Ämter sagten, es gebe nur 80'000 benachteiligte Ehepaare, und heute – nach der Abstimmung – stellten sie fest, dass es 454'000 sind. Die Volksabstimmung wurde als ungültig erklärt. Penibel!

Ebenso mit gefälschten Zahlen kämpfte Bundesrätin Leuthard für die Energiestrategie 2050. Sie koste nur 40 Franken



pro Jahr und Haushalt. Bereits ein Jahr nach der Annahme legte der gleiche Bundesrat eine Vorlage vor, die wegen höheren Benzin- und Heizkosten pro Jahr und Haushalt 1'400 Franken kosten wird.

Neustes Beispiel: Um die Begrenzungsinitiative, die endlich die masslose Zuwanderung beenden will, zu bekämpfen, präsentiert der Bundesrat in aller Eile eine «Übergangsrente» für die Entlassenen ab 60 Jahren. Bundesrätin Keller-Sutter beruhigte, die Kosten betrügen nur 62,5 Millionen Franken jährlich. Kurze Zeit später musste die Verwaltung korrigieren: Die Kosten seien etwa fünfmal höher. Beides ist «amtlich». Höchste Zeit, dass der Bundesrat seine Propagandatätigkeit einstellt.

E gfreuti Wuche.

Christoph Blocher